



Amt für Soziales
Spisergasse 41
9001 St.Gallen

info.diafso@sg.ch

St. Gallen, 25. August 2023

Vernehmlassungsantwort: Grundlagen der Familienpolitik im Kanton St.Gallen

Sehr geehrte Damen und Herren

Die SP Kanton St.Gallen bedankt sich für die Einladung zur Vernehmlassung zum Bericht Grundlagen der Familienpolitik im Kanton St.Gallen vom 9. Mai 2023. Wir nehmen dazu wie folgt Stellung:

Allgemeine Bemerkungen zum Bericht

Der Bericht verdeutlicht, dass die Regierung die Wichtigkeit des Themas erkennt. Denn eine beachtliche und in der Tendenz steigende Anzahl von Familien verfügen über bescheidene bis sehr knappe finanzielle Mittel. Ziel muss es sein, die finanzielle Situation dieser Familien zu verbessern. Mit den bisher eingesetzten Mitteln und den nun von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen gelingt dies nur unzureichend.

Familien-EL

Die SP begrüsst, dass Ecoplan im Auftrag des Amtes für Soziales ein St.Galler-Modell für eine Familien-EL konzipiert hat. Je nach Ausgestaltung würden mehr als 8'000 Haushalte und 15'000 Kinder von einer Familien-EL profitieren. Mehr als 800 Familien könnten aus der wirtschaftlichen Sozialhilfe gehoben werden. Das wäre ein relevanter familienpolitischer Fortschritt, ist doch die wirtschaftliche Sozialhilfe keine geeignete Unterstützungsmassnahme für Familien und Kinder.

Die Einführung wäre auch vor dem Hintergrund des nach wie vor fehlenden horizontalen Lastenausgleichs begrüssenswert und würde die ungleiche finanzielle Belastung der Gemeinden im Bereich der wirtschaftlichen Hilfe etwas glätten.

Im Bericht werden die positiven Auswirkungen der Einführung einer Familien-EL zwar mehrmals erwähnt, die Familien-EL wird als wirkungsvoll gelobt, sie führe zu mehr Chancengerechtigkeit – schlussendlich wird die Einführung jedoch mit dem Hinweis auf «finanzpolitische Überlegungen» und die notwendigen «umfassenden gesetzlichen Neuregelungen» sowie auf die Tatsache, dass es für Gemeinden mit den zur Verfügung stehenden Mitteln bereits heute möglich wäre, Armutsbetroffene stärker zu unterstützen, verworfen. Aus unserer Sicht ist das höchst bedauerlich. Die Würdigung am Ende des Berichts lässt leider den Willen der Regierung vermissen, in der Familienpolitik echte Verbesserungen anzugehen. Dass die Regierung aus rein finanzpolitischen Gründen die



Einführung eines neuen Instruments zur Unterstützung von armutsbetroffenen Familien nicht weiterverfolgen will, ist aus Sicht der SP ein Armutszeugnis.

Die SP fordert in aller Deutlichkeit die Einführung einer Familien-EL basierend auf der Variante B.

Weiterentwicklung der bestehenden Systeme

Der Bericht weist auf verschiedene Lücken im heutigen System hin, bleibt aber, mehrfach mit dem Hinweis darauf, dass für die Umsetzung die Gemeinden zuständig sind, vage hinsichtlich möglicher Lösungen.

Die aktuelle Situation ist unserer Ansicht nach ein deutliches Zeichen dafür, dass die Gemeinden im Kanton St.Gallen ihre Möglichkeiten nicht oder eben sehr unterschiedlich nutzen, solange die Finanzierung der zusätzlichen Unterstützung zu ihren Lasten geht und keine verbindlichen Vorgaben bestehen. Die Richtlinien zur Ausrichtung von Sozialhilfe für Gemeinden sind im Kanton St.Gallen immer noch unverbindlich und die aktive Bewerbung der Elternschaftsbeiträge obliegt alleine den Gemeinden. In der Folge werden die Angebote in den Gemeinden sehr unterschiedlich ausgestaltet, beworben und genutzt. Für armutsbetroffene Familien bedeutet das bezüglich Unterstützung in einem gewissen Sinn Glück oder Pech, in welcher Gemeinde sie wohnhaft sind.

Die im Bericht formulierte Idee, bestehende Massnahmen wie die Sozialhilfe, die Alimentenbevorschussung oder die Elternschaftsbeiträge zu optimieren und besser auf die Bedürfnisse von Familien abzustimmen, ist grundsätzlich zu befürworten. Damit solche Massnahmen jedoch wirkungsvoll werden, bräuchte es die finanzielle Unterstützung von Seiten Kanton und verbindliche Vorgaben für die Gemeinden.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung bei der Überarbeitung des Berichts.

Freundliche Grüsse

SP Kanton St.Gallen

Dario Sulzer
Co-Präsident Fachkommission Soziale Sicherheit und Gesundheit